



Düsseldorf, 5. Dezember 2014

## Für ein friedliches Miteinander der Religionen

Gemeinsame Erklärung von Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Oberbürgermeister Thomas Geisel zur „Anti-Islam-Demonstration“ am 8. Dezember 2014 in Düsseldorf

Zu der angekündigten Demonstration der Gruppierung „Düsseldorfer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (DÜGIDA) am 8. Dezember 2014 vor dem Landtag NRW erklären Landtagspräsidentin Carina Gödecke und Oberbürgermeister Thomas Geisel:

*„Der Landtag Nordrhein-Westfalen und die Landeshauptstadt Düsseldorf setzen sich geschlossen und mit größtem Engagement für Toleranz und Integration, für Verständigung und Aufklärung und damit ganz entschieden gegen Ausländerfeindlichkeit, Antisemitismus und Rassismus in unserer Gesellschaft ein. Es steht diesem Engagement entgegen, dass nun vor dem nordrhein-westfälischen Parlamentsgebäude gegen eine vermeintliche Islamisierungsgefahr in Nordrhein-Westfalen demonstriert werden soll. Meinungs- und Demonstrationsfreiheit sind hohe, vom Grundgesetz geschützte Güter. Die Anti-Islam-Demonstration aber setzt auf Vorurteile, Desinformation und Ressentiments. Sie setzt sich nicht mit Ängsten auseinander, sondern versucht im Gegenteil, Ängste zu schüren und diese für politische Zwecke zu instrumentalisieren.“*

Landtagspräsidentin Gödecke und Oberbürgermeister Geisel appellieren daher an die Bürgerinnen und Bürger in Düsseldorf und in ganz Nordrhein-Westfalen, die von einem breiten gesellschaftlichen Bündnis getragene, friedliche Gegenkundgebung „Düsseldorf braucht keine DÜGIDA“ zu unterstützen:

*„Setzen Sie fernab von jeglicher Gewalt ein Zeichen zur weiteren Stärkung eines vielfältigen Miteinanders der Kulturen und Religionen in Stadt und Land.“*